

**Zeitschrift:** Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

**Herausgeber:** Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

**Band:** 69 (1978)

**Heft:** 7

**Rubrik:** Pressespiegel = Reflets de presse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Gespräch mit der Jugend in der Schweiz

Anlässlich des UNIPEDE-Symposiums über Öffentlichkeitsarbeit vom 6. bis 8. September 1977 in Edinburgh hat Herr Dr. B. Frank, Direktor der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, über einen Weg des Dialoges der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft mit der Jugend berichtet. Nachfolgend seine Ausführungen:

### Zielsetzung und grundsätzliche Überlegungen

Im Rahmen der vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) durchgeführten Public-Relations-Programme nimmt die Jugend eine besondere Stellung ein. Eine längerfristig angelegte Kommunikation muss die heranwachsende Jugend (zukünftige Energieverbrauchergeneration) mit besonderer Sorgfalt ansprechen. Andererseits stellen Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren, deren Interessen für Fragen der Energie- und Rohstoffversorgung bereits geweckt sind, eine besonders dankbare Zielgruppe dar.

Die Jugend weist im allgemeinen ein qualifiziertes Informationsbedürfnis auf. Es geht um das Interesse, mehr über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Strom- und Energieversorgung zu erfahren. Es handelt sich also um die Aufgabe, dem bereits interessierten Jugendlichen energiepolitische Zusammenhänge sichtbar und bewusst zu machen.

### Leitidee und Informationsmittel

Die Überlegungen zeigten, dass ein grosser Teil der herkömmlichen Informationsmittel wenig geeignet ist. Das zu schaffende Informationsmittel muss folgende Anforderungen erfüllen:

Es muss Aktualitätswert haben, das heisst, es muss möglich sein, aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Energieversorgung zu behandeln.

Es muss langfristig einsetzbar sein, das heisst, es ist eine wiederholte Ansprache der Jugendlichen im Sinne fortgesetzter Kommunikation erforderlich.

Es muss qualitative Information bieten, das heisst, die verschiedenen Interessen müssen besser berücksichtigt werden, und die Information muss einen höheren Gehalt aufweisen.

Diesen Anforderungen versuchte man durch eine Zeitung nachzukommen. Eine solche Jugendzeitung sollte kontinuierlich erscheinen. Sie ist relativ stark auf eine direkte Auseinandersetzung hin angelegt, sie bietet die Möglichkeit, eigene Meinungen

und Erfahrungen der Jugendlichen zu berücksichtigen, und hat schliesslich, entsprechend aufgemacht, stark verpflichtenden Charakter.

### Aufmachung der Zeitung

Aufgrund dieser Leitideen hat eine besondere Arbeitsgruppe des VSE 1974 die Vorarbeiten für die Jugendzeitung an die Hand genommen. Von Anfang an fand eine enge Zusammenarbeit mit den Erziehungsbehörden, den Lehrern und den Jugendorganisationen statt. Die Zeitungsentwürfe wurden Jugendlichen zum Test vorgelegt.

Bekanntlich weist die Schweiz deutsche, französische und italienische Sprachgebiete auf. Dementsprechend erscheint die Jugendzeitung unter den Titeln «Hochspannung», «Le Kilowatt-heure» und «Alta tensione» in drei Sprachen. Jede der drei bisherigen Ausgaben ist einem zentralen Thema gewidmet: Nr. 1, «Rund um den Strom», erschien Herbst 1975; Nr. 2, «Suche nach neuen Energiequellen», erschien Herbst 1976, und Nr. 3, «Nutzung der Elektrizität», erschien im Herbst 1977.

Die erste Ausgabe der Jugendzeitung war mit einem Wettbewerb verbunden, der einen grossen Erfolg aufwies. Der Preis für die fünfzig Teilnehmer der erstprämiierten Arbeiten war eine zweitägige Reise durch die Schweiz mit dem Besuch von einigen wichtigen Kraftwerken. Dieser Reise wurde durch Reportagen in den Tageszeitungen eine grössere Publizität gegeben.

### Einsatz der Zeitung

Die Verteilung der Zeitung geschieht durch die Lehrer der Mittelstufen, durch Hinweise in den Tageszeitungen zum Bezug der Jugendzeitung und durch die regionalen und lokalen Elektrizitätswerke, von denen einige die Jugendzeitung an alle Strombezügler abgeben.

Die Auflage der bisherigen Ausgaben betrug 400 000 und 500 000 Exemplare.

### Erfolg der Zeitung

Die verantwortlichen Leiter der schweizerischen Elektrizitätswerke erachten es als sehr wichtig, über ein Informationsmittel zu verfügen, das eine fortgesetzte Kommunikation mit der Jugend erlaubt.

Die Jugendzeitung erscheint periodisch. Sie hat sich inzwischen gut eingeführt und ist bei der Jugend bekannt. Die Jugendzeitung steht für Botschaften jederzeit zur Verfügung und erfüllt damit die angestrebten Ziele.

## Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

### «Hilfe, ich bin eingemauert!»

Sie kennen den Witz vom Betrunkenen, der sich mühsam an einer Plakatsäule aufrecht hält und langsam um sie herumtorkelt ... zweimal ... dreimal, bis er einen verzweifelten Aufschreit tut: «Hilfe, ich bin eingemauert!»

Dieser Witz ist mir eingefallen, als ich das Buch von Robert Jungk «Der Atomstaat» gelesen hatte. Es stimmt, dass der Betrunkene eine gewisse Beschränkung seiner Freiheit in Kauf nehmen muss: Er kann nicht den Raum im Innern der Plakatsäule betreten. Es stimmt auch, dass jemand, der ein Kernkraftwerk betreten will, sich gewissen Kontrollen unterziehen muss. Daraus aber abzuleiten, dass sich bei Fortführung der Kernenergie ein

Polizeistaat entwickelt, ist meiner Ansicht nach ebenso absurd wie die Schlussfolgerung des Betrunkenen. Man verwechselt dabei Ursache und Wirkung. Nicht die Gefährlichkeit der A-Werke ist es, welche die Kontrollen und Bewachung notwendig macht, sondern die Tatsache, dass es heute in wesentlich grösserem Umfang kriminelle und gemeingefährliche Subjekte gibt, die ihre verabscheuungswürdigen Taten unter Vorschieben einer politischen Zielsetzung quasi salonfähig machen, wobei sie von dubiosen Anwälten, sensationslüsternen Journalisten und Bestsellerautoren tatkräftig unterstützt werden.

Die Demokratie der westlichen Staaten wird von der Mehrheit der Bürger getragen und durch den Rechtsstaat garantiert. Wenn Einrichtungen des Staates oder Privater besonders geschützt, abgesperrt oder bewacht sind, so ist das kein Indiz gegen die Freiheit, sondern geschieht im Einvernehmen mit der Mehrheit der Bürger.

Wer vom «Atomstaat» redet (und dabei Polizeistaat meint), der legt dar, dass ihm der demokratische Rechtsstaat ein Dorn im Auge ist, der ihn bei der Verfolgung seiner, von der Mehrheit nicht getragenen Zielsetzung behindert.

Es ist im Zusammenhang mit der Kernkraftwerkcontroverse immer wieder gut, sich in Erinnerung zu rufen, dass allein in Westeuropa etwa 10 000 Nuklearsprengköpfe gelagert sind. Diese werden strengstens bewacht (so hoffe ich wenigstens!), und die recht häufigen Verschiebungen finden alle ohne Kenntnis des Publikums statt. Trotzdem hat sich noch nie jemand deswegen in seinem Freiheitsbereich eingeengt gefühlt.

So hohl wie der Titel, so oberflächlich ist der Inhalt des Jungk-Buches. In bewährter Schwarzweissmalerei werden gewisse (sicherlich vorhandene) Mißstände aufgebauscht und alle Befürworter der Kernenergie als skrupellose Söldlinge, ja sogar Kriminelle hingestellt, denen aller Sinn für humane Werte abgeht. Ganz anders die Opponenten: In diesen Kreisen sammeln sich die edlen Menschen mit intaktem Moralgefühl, man lacht und scherzt, man ist Mensch.

Welch läppische, ja naive Schau. Wer gerade in letzter Zeit die Entwicklung verfolgt hat, die völlig humorlosen Flugblätter der Gegner, ihre Drohungen und Lügen (z. B. vom Giftgaseinsatz in Gösigen) analysiert, der kommt doch wohl zu einer etwas differenzierteren Beurteilung.

Als aktiver Teilnehmer an zahllosen Podiumsgesprächen darf ich feststellen, dass ich praktisch noch nie einen Kernenergiegegner getroffen habe, der fähig gewesen wäre, über sich selbst zu lachen. Die Thesen werden stur, demagogisch, zum Teil in dialektischer Weise vorgetragen, wobei häufig auch ein gewisser Fanatismus weltverbesserischer Art mitschwingt.

Doch zurück zu Herrn Jungk. Eine unverzeihliche Blöße gibt er sich in seinem kürzlichen Interview mit François Bondy und Peter M. Ronner. Auf die Frage, ob nicht die Kohleverbrennung das Weltklima drastisch beeinflussen könnte, antwortet er in von Sachkenntnis völlig ungetrübter, unbekümmerter Weise: «Ich habe mich mit Kohleforschung beschäftigt und gesehen, dass die Entschwefelung und damit der Abbau des Treibhauseffektes bereits sehr weit gediehen ist...» Er verwechselt dabei das mit Filtern lösbare SO<sub>2</sub>-Problem mit dem grundsätzlich nicht lösbaren CO<sub>2</sub>-Problem und offenbart dabei seine totale Ignoranz, die jeden einigermaßen gebildeten Laien erschrecken muss. Wichtig scheint Herrn Jungk und dem Verlag, bei dem das Buch erschienen ist, nicht wissenschaftliche Wahrheit, sondern reisserische Aufmachung zum Zwecke von möglichst hohen Auflagezahlen. Ein Anliegen Jungks unterstütze ich: den langfristigen Abbau des nuklearen, chemischen und biologischen Waffenpotentials. Ich kann ihm aber den von Weizsäcker formulierten Vorwurf nicht ersparen, dass er (und alle Kernkraftwerkgegner) diesem zentralen Anliegen der Menschheit durch dilettantische und an den speziellen Fall der Reaktoren fixierte Argumente einen Bärendienst geleistet hat.

*Rubrik «Der Standpunkt» (Leserforum),  
«Die Weltwoche», Zürich, 1. März 1978*

### **Le conseiller fédéral Gnägi construira le premier immeuble chauffé au soleil**

L'importance prise par l'énergie nucléaire relègue au rang de parent pauvre la recherche sur les autres formes d'énergie. En octobre dernier, la Société suisse pour l'énergie solaire lançait un cri d'alarme: la Suisse est en train de prendre du retard dans la recherche sur le solaire.

Mais le premier immeuble entièrement chauffé à l'énergie solaire, sans chauffage d'appoint, sera bientôt construit par ... le conseiller fédéral Rudolf Gnägi, qui s'intéresse depuis plusieurs années à cette nouvelle forme d'énergie. Les travaux devraient commencer cet été à Ipsach, près de Bienne. D'une dizaine d'étages, avec six appartements par étage, ce sera le premier immeuble locatif exclusivement chauffé au soleil en Suisse, et probablement au monde. Ainsi M. Gnägi a répondu à son collègue Willi Ritschard, qui proclamait l'an dernier, à Bienne précisément, qu'il était nécessaire de se lancer dans des expériences pratiques dans le domaine du solaire.

Le système qui chauffera l'immeuble du conseiller fédéral a été mis au point par un ingénieur français, M. Marcel Rapin, qui s'est établi à Sergy, à deux pas de la frontière genevoise. Il a installé ses bureaux dans la villa solaire expérimentale qu'il a fait

construire dans ce petit village de l'Ain, et qui fonctionne depuis octobre 1976.

«Au 31 décembre 1977, on recensait 352 prototypes solaires dans le monde, indique M. Rapin. Mais le mien est le seul qui ne nécessite aucun chauffage d'appoint. Le coût de l'installation est de 20 à 30 % supérieur à un chauffage traditionnel, mais son utilisation permet immédiatement une économie à la consommation de 75 % par rapport à une installation au mazout.»

*«Informations de l'OFEL», Lausanne, le 3 mars 1978*

### **Keine Eile mit Atommüll**

sda. Als unproblematisch für die kommenden 40 bis 60 Jahre bezeichnet der Direktor des Eidg. Instituts für Reaktorforschung in Würenlingen (EIR), Prof. Heini Gränicher, die Lagerung von hochradioaktivem Abfall. In einem Gespräch mit der «Weltwoche» erklärte Gränicher, es sei keineswegs gewiss, dass die Schweiz je Atommüll selber endlagern müsse. Falls Frankreich allenfalls auf der Rücknahme des in La Hague aufbereiteten Materials bestehe, würde dies frühestens im Jahre 1990 zu Rücktransporten in die Schweiz führen: Hier könnten die in Glasblöcken eingeschlossenen Abfälle ohne weiteres 30 bis 50 Jahre lang in kontrollierten Lagerbauten, sogenannten «Mausoleen», aufbewahrt werden. Für die Suche nach Endlagerstätten in der Schweiz oder im Ausland sei somit genügend Zeit vorhanden, meinte der EIR-Direktor, dessen Institut soeben vom Bundesrat beauftragt wurde, ein konkretes Konzept für die Endlagerung von hochradioaktivem Material auszuarbeiten.

*«Luzerner Tagblatt», Luzern, 22. Februar 1978*

### **Das Stromsparen lohnt sich**

*Zum Leserbrief «Stromrechnung teurer»  
in der Ausgabe vom 2. Februar*

Im Leserbrief beklagt sich eine Abnehmerin, dass Stromsparen nicht rentiere, weil der Durchschnittspreis je Kilowattstunde grösser werde, je weniger man brauche. Sie beachtet dabei aber zu wenig, dass mit jeder eingesparten Kilowattstunde der Stromrechnungsbetrag kleiner wird, auch wenn der Durchschnittspreis etwas ansteigt. Dies sei an folgendem Rechnungsbeispiel demonstriert:

Gemäss unserem Einheitstarif für Haushalt ergibt sich bei einem angenommenen jährlichen Stromverbrauch von 2500 Kilowattstunden (entsprechend einem mittleren Haushalt ohne Elektroboiler) folgende Rechnung:

#### *Beispiel 1*

Abonnementsgebühr: zwölf mal neun Franken = 108 Franken, Arbeitspreis: 2500 Kilowattstunden à 18 Rappen = 450 Franken. Jährlicher Rechnungsbetrag: 558 Franken. Der Durchschnittspreis beträgt 22,3 Rappen/kWh. Sofern ganzjährig nur die halbe Energiemenge verbraucht wird, betragen:

#### *Beispiel 2*

Abonnementsgebühr: zwölf mal neun Franken = 108 Franken, Arbeitspreis: 1250 Kilowattstunden à 18 Rappen = 225 Franken. Jährlicher Rechnungsbetrag: 333 Franken. Der Durchschnittspreis beträgt 26,6 Rappen/kWh.

Aus den angeführten Beispielen ersieht man, dass bei einer Halbierung des Stromverbrauches immerhin 18 Rappen pro Kilowattstunde oder ein Betrag von 225 Franken gespart werden können, wenn auch der Durchschnittspreis infolge der gleichbleibenden Abonnementsgebühr leicht steigt.

Die Abonnementsgebühr deckt einen Teil der festen Kosten. Diese entstehen dem Werk vor allem dadurch, dass es dem Abnehmer jederzeit die Möglichkeit gibt, seinem Bedarf entsprechend elektrischen Strom zu beziehen, wofür das Werk die nötigen Anlagen zur Verfügung hält, die rund um die Uhr von fachtechnischem Personal überwacht und gewartet werden müssen. Zählerablesung, Zählerunterhalt und Rechnungstellung verursachen ebenfalls grössere Kosten.

Beim Telefon besteht ein ähnliches Tarifsysteem. Dort setzt sich die Rechnung ebenfalls aus einer Abonnementsgebühr (im

Minimum 13 Franken pro Monat) und den Gesprächstaxen zusammen. Die Abonnementsgebühr wird dort aber voll berechnet, auch wenn nur wenige oder gar keine Gespräche geführt worden sind.

In unserem Haushalttarif ist demgegenüber die Bestimmung eingebaut, dass der Durchschnittspreis je Kilowattstunde und Abrechnungsperiode 45 Rappen nicht übersteigen darf, was den vielen Kleinbezügern zugute kommt. Meistens handelt es sich hier um Abnehmer, welche fast ausschliesslich Lichtstrom beziehen, für den schon vor der Einführung des Einheitstarifes ein Preis in dieser Grössenordnung bezahlt werden musste.

Wir möchten nochmals betonen, dass Stromsparen sich auch in finanzieller Hinsicht bezahlt macht, indem mit jeder eingesparten Kilowattstunde der zu bezahlende Stromrechnungsbetrag kleiner wird. Auch wir als stromlieferndes Werk haben alles Interesse an einer möglichst sinnvollen Nutzung der kostbaren elektrischen Energie und wünschen Ihnen dabei viel Erfolg.

*Centralschweizerische Kraftwerke, Luzern*

«Vaterland», Luzern, 23. Februar 1978

### Le chemin de l'illégalité

Les anti-nucléaires, pour se faire connaître et répandre leurs idées, usent de deux méthodes principalement: les manifestations de grande envergure, largement couvertes par les «médiats»; et l'intoxication psychologique consistant à répandre des informations diverses, mêlant le faux au vrai. Par-là, ils cherchent à imposer des clichés inquiétants, de sorte à «paniquer» les populations, et disposent, pour ce faire, de moyens divers. Ils ont même leur propre journal, «spirituellement» intitulé «Le Neutron libéré».

Jusqu'ici, les «anti-nucléaires» de notre pays semblaient vouloir éviter les affrontements violents ou les actes illégaux, qui les eussent discrédités aux yeux du public. Sentant approcher l'heure des grandes décisions nationales, on les voit brusquement changer de tactique.

En un tract récemment diffusé ils annoncent une nouvelle stratégie, autant déplaisante qu'inquiétante.

Dans toute la Suisse on les voit lancer une vaste campagne de recrutement. A leurs adhérents qu'eux-mêmes ils appellent les «perturbateurs» ils demandent de désormais payer leur facture d'électricité à l'aide d'un simple bulletin vert en lieu et place des bulletins conformes et perforés des Services industriels. But de l'opération: «désorganiser la comptabilité par ordinateurs». Il s'agit, en outre de «retirer symboliquement un franc à chaque facture, ce qui rendra la perturbation plus effective».

Les auteurs de cet appel à l'illégalité qui se regroupent dans une association intitulée «Légitime défense» annoncent avoir déjà recruté plusieurs milliers de «perturbateurs». Leur action devrait débiter en mai.

Il s'agit-là, bien sûr, d'une inadmissible provocation. D'autant que, finalement, tous les consommateurs en paieront les frais. Et, quoiqu'il s'agisse d'enlever un franc seulement à chaque facture, ont doit bien parler d'acte illégal.

On attend que nos autorités réagissent fermement et rapidement. Au sabotage «administratif» pourraient succéder, si l'on n'y veille, des opérations d'envergure peut-être plus «explosives.»

*Alain-Christian Wild*

«La Nouvelle Revue de Lausanne», Lausanne, le 25 février 1978

### Strafuntersuchung gegen A-Werk-Gegner beendet

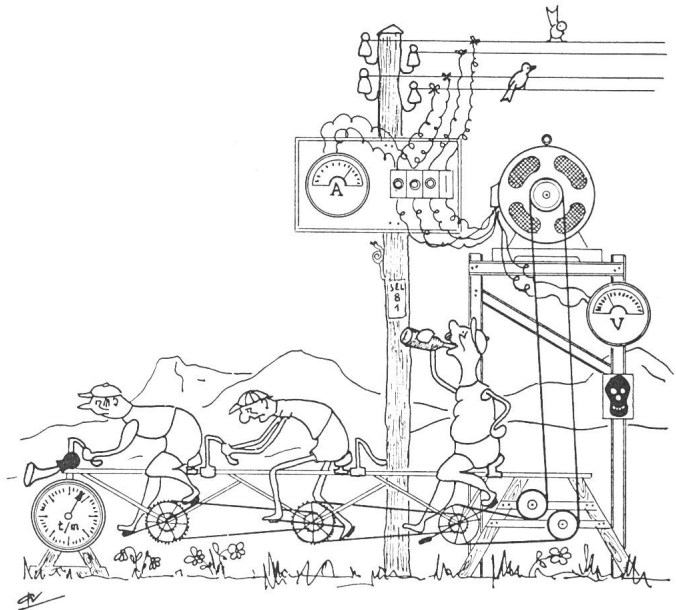
ffm. Basel/Rheinfelden. Das Bezirksamt Rheinfelden hat die Untersuchung gegen jene 50 A-Werk-Gegner abgeschlossen, die am 12. Juni 1977 aus Freude über die erfolgreiche Volksabstimmung über die Basler Atomschutzinitiative in Kaiseraugst ein Bauloch symbolisch zugeschaufelt hatten.

Aargauer Kantonspolizisten hatten an jenem 12. Juni in Kaiseraugst Autonummern notiert, worauf rund 50 Personen von den jeweils zuständigen Behörden in einem zum Teil schikanösen Verfahren einvernommen worden waren (selbst die Lörracher Polizei wurde von den Aargauern um Rechtshilfe ersucht).

Die Anklage der Aargauer lautet auf Land- und Hausfriedensbruch sowie auf Sachbeschädigung. Das Rheinfelder Bezirksamt hat nun den Angeklagten eine Frist von bloss acht Tagen

gesetzt, innert der die Akten des Amtes eingesehen werden können. «Mit dieser kurzen Frist», so beklagte sich gegenüber der Basler AZ einer der Angeklagten, «soll uns offenbar Angst eingejagt werden.»

«Basler AZ», Basel, 22. Februar 1978



On parle d'énergie solaire ou géothermique!  
Et si on parlait d'énergie musculaire?

«Grain de sel», Journal d'entreprise du Service de l'Electricité de la Ville de Lausanne, mars 1978

### Neues Energiekonzept

Chur – Der Kanton Graubünden sucht die Wasserkraftwerke unter seine Kontrolle zu bekommen. Zu diesem Zweck will er eine Aktiengesellschaft, die Grischunelektra AG, gründen.

Die Grischunelektra-Aktien sollen nach dem Willen der Bündner Regierung zu 70 % in den Händen des Kantons liegen. Denn Ziel des neuen Energie-Konzepts ist die langfristige Sicherung der Energieversorgung. Deshalb soll der Einfluss der Elektrizitätsgesellschaften gebremst werden – ihnen stehen höchstens 30 % der Aktien zu. Auch die Macht der Bündner Gemeinden schwindet. Bisher bestimmten sie über die Wasserhoheit.

Das Grischunelektra-Modell sieht vor: Gemeinden und Kanton bringen ihre Energiequoten in die AG ein. Zuvörderst ist die Energiemenge für die Versorgung des Kantons zu nutzen. Erst die überschüssige Energie dürfen die E-Werke durch Regierungs-Beschluss über die Kantonsgrenzen exportieren.

Derzeit schöpft Graubünden allerdings noch aus dem vollen. Der Kanton produziert gegen einen Fünftel der schweizerischen Energiemenge.

Doch nur ein geringer Teil wird innerhalb der Kantonsgrenze verbraucht. Die Weltenergie-Krise, so Finanzdirektor Georg Vieli, mahne indes zur Vorsicht. Heute schon will Chur behäuflicher bleiben. So verpflichten sich die Elektrizitäts-Gesellschaften, für exportierte Energie einen realen Marktpreis zu bezahlen.

In der Mai-Session hat der Bündner Grosse Rat über das neue Konzept zu befinden.

«Die Tat», Zürich, 8. März 1978

### Le clivage de l'atome

1978, année déterminante quant au choix de notre politique de l'énergie: le peuple se prononcera en décembre sur l'initiative pour un contrôle démocratique du nucléaire. Les Chambres fédérales débattront, pour leur part, l'initiative parlementaire Meisoz désirant introduire un moratoire de quatre ans dans la construction de centrales nucléaires. On le sait, l'enjeu nucléaire dépasse les clivages politiques traditionnels. Témoin, l'engagement de Mme Monique Bauer-Lagier, conseillère nationale libérale de Genève, celui aussi de Mme Anne Petitpierre – belle-fille de l'ancien conseiller fédéral – députée radicale de Genève. Membre de la

Commission fédérale atomique, Mme Bauer-Lagier témoigne avec précision, courage et conviction contre «l'Etat nucléaire».

Mais si l'on a dépassé les clivages politiques, on s'est hélas empressé d'en inventer un autre en créant l'élite un brin hautaine des gens qui comprennent. Les «travailleurs» cèdent à un chantage grossier, de nature volontiers syndicale, dit-on; pas de nucléaire, plus de travail! Le soir, ils sont trop fatigués pour réfléchir.

Mme Bauer parle un langage clair, accessible à quiconque veut bien l'écouter. Prétendre que les «non-intellectuels» ne peuvent que céder à la propagande des pronucléaires frise l'injure. A moins, d'admettre implicitement les clivages politiques qu'on veut dépasser: si vraiment les «travailleurs» sont à ce point écrasés de fatigue et abêtis, il faudrait bien chercher des causes politiques. Au seuil d'une année où toutes les voix compteront dans le choix, mieux vaudrait ne rebuter personne.

Jean-B. Vuillème

«Tribune de Lausanne Le Matin», le 11 mars 1978

### Man kann auch überöffentlich sein!

Wir anerkennen echte Sorgen, wenn von AKW-Gegnern Probleme rund um die Kernkraftwerke zur Sprache gebracht werden. Auch muss man ihnen recht geben, wenn sie immer wieder sagen, das Atommüll-Problem sei nicht gelöst, es ist nämlich in der Schweiz nicht gelöst, dies auch, wenn es keine KKW's gäbe, denn von der Medizin usw. haben wir auch noch solchen Müll, den man irgendwo unterbringen sollte. Wir befürworten auch eine Diskussion in der Öffentlichkeit, wenn es um solch schwerwiegende Probleme geht.

Mit dem Wort Öffentlichkeit wären wir dort angelangt, wo ich bei verschiedenen Komitees der AKW-Gegner und ihren Forderungen nicht mehr ganz mitkomme:

Die AKW-Gegner verlangten und verlangen immer wieder, dass alles, was mit der Atomenergie zusammenhänge, öffentlich sein solle. Es wurden Vorwürfe laut vor einigen Wochen, in Gösgen werde heimlich mit Uran geprübelt usw., man solle endlich informieren. Nun sagte gestern an der Pressekonferenz über den Massenhungerstreik ein Vertreter des organisierenden Komitees, Bundesrat Willi Ritschard habe eine plötzliche Kehrtwendung gemacht. Vorher habe er heimlich operiert und alles «hintenrum» beschlossen, und jetzt komme er plötzlich und mache alles öffentlich. Sogar das Gesuch für den Probelauf im KKG lege er öffentlich auf. Dies sei aber rechtlich gar nicht erforderlich, Gesuche und ähnliches müsse man nicht öffentlich auflegen. Willi Ritschard macht also etwas, das er gar nicht tun muss. Was ist daraus zu folgern? Er will die AKW-Gegner austricksen, indem er dem Ruf nach Öffentlichkeit nachkommt und gleich «überöffentlich» wird. Da geht es nicht mit rechten Dingen zu, der Ritschard führt da was im Schilde! Soweit die AKW-Gegner.

Man führt Aktionen durch, um der Forderung nach mehr Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen – gleichzeitig ist man erzürnt, wenn der Bundespräsident als erster der Forderung nachkommt. Das ist der Punkt, wo ich nicht mehr folgen kann, vielleicht können Sie's?

Ungefähr dasselbe Bild seinerzeit bei den Katastrophenplänen: Die AKW-Gegner sagten, Atomkraftwerke seien gefährlich, und deshalb brauche es unbedingt Katastrophenpläne. Die KKW-Leute sagten, Kernkraftwerke seien genügend gesichert, also brauche es da nicht gleich Katastrophenpläne.

Später machte man aber doch Katastrophenpläne. Nun sind die AKW-Gegner, die diese gefordert hatten, zufrieden!? Mitnichten. Ihr Aufhänger lautet nun: Wären KKW's so sicher, wie immer behauptet wird, brauchte es keine Katastrophenpläne.

Nun werden aber Katastrophenpläne gemacht – folglich sind Atomkraftwerke völlig unsicher.

Auch hier: Man fordert etwas – wird die Forderung erfüllt, kehrt man Aussagen ins Gegenteil und ist wieder nicht zufrieden.

In solchen Punkten werden die AKW-Gegner völlig ungläubwürdig. Wer fordert und dann schreit, wenn das Geforderte erfüllt wird, der wird suspekt.

Für mich. Für die AKW-Gegner nicht, für sie ist derjenige suspekt, der ihre Forderungen erfüllt. Armer Willi Ritschard, was soll er eigentlich noch tun, damit nicht gleich alles falsch ist?

Jetzt werde auch ich wohl für einige Leute noch suspekt (verdächtig), wenn ich mir erlaube, folgende Frage zu stellen: Glauben etwa die AKW-Gegner, wenn nun die Behörden «überöffentlich» (Zitat) werden, sie (die Gegner-Komitees) würden überflüssig? Hoffentlich geht es nicht darum, sondern wirklich um echte Sorgen in der Bevölkerung!

Bruno Schärer

«Solothurner AZ», Olten, 10. März 1978

### Alerte à l'EOS!

Vendredi matin, à 10 h 05, une secrétaire de l'EOS (Energie de l'Ouest Suisse SA) recevait un coup de téléphone. «Une Bombe, placée dans votre immeuble, sautera dans vingt-sept minutes.»

Aussitôt la police de sûreté fut avisée et la maison, sise à l'avenue Ruchonnet à Lausanne, évacuée. De même, il fallut prier les clients du Restaurant Melrose, qui se trouve dans le même bâtiment, de s'en aller consommer ailleurs, pour leur sécurité. L'alerte dura une trentaine de minutes. Les fouilles méticuleuses de la police n'ayant pas abouti à la découverte d'un engin, elle fut rapidement levée.

L'un des responsables d'EOS que nous avons rencontré estime qu'il s'agit certainement de l'œuvre d'un mauvais plaisant. «Toutefois, le personnel d'EOS commence à en avoir assez de se trouver menacé.» Voilà quelques mois déjà, au moment de «l'affaire du fluor» en Valais, un «irresponsable» avait agi de la même manière.

Les milieux de l'électricité se montrent, évidemment choqués que l'on use de telles méthodes alors même que le débat est porté devant le peuple, le plus démocratiquement du monde.

Or, les anti-nucléaires que l'on a récemment vu manifester dans les rues de Lausanne – éclairées grâce à de l'électricité provenant aussi de centrales nucléaires – ont toute liberté d'exprimer leur point de vue, comme on l'a vu. La grande presse se fait même une joie de colporter leurs arguments, avec photos et tout, et tout.

Bien sûr, on peut penser à l'acte d'un illuminé qui sans doute a puisé son inspiration dans le crime abominable survenu jeudi en Italie. Mais, comme par hasard, cet irresponsable a choisi la cible favorite de nos gauchistes suisses. En ce sens, on ne saurait parler d'un malade mental, frappant, au hasard pour le seul plaisir de mettre en émoi la population. Nous devons craindre qu'il s'agisse plutôt d'une manifestation «perturbatrice», sciemment élaborée par certains groupuscules qui en appelaient déjà à des actes illicites voilà quelques mois. Nous avions alors d'ailleurs clairement dénoncé ces méthodes et émis l'idée qu'elles pouvaient aboutir au pire, si on n'intervenait pas rapidement.

Bien sûr, nous ne céderons pas à la psychose de l'attentat. Faut-il pourtant se croiser les bras et attendre que le drame se produise vraiment, pour y croire et agir? L'avertissement de ce vendredi nous apparaît en tout cas très grave. Quoi qu'en puissent dire certains, il ne s'agit pas d'une farce, mais d'un acte, sans doute réfléchi, que nous devons prendre au sérieux.

Alain-Christian Wild

«La Nouvelle Revue de Lausanne», Lausanne, le 18 mars 1978